

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erstein die auf weiteres nur Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 2 M., durch unsere Kurierboten getragen in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M. durch die Post bezogen Vierteljährlich 6 M., mit Zustellungsbüchse. Alle Postanfragen und Postämter sowie unsere Kurierboten und Geschäftsstellen erziehen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle künftiger Kriege oder sonstiger Verhältnisse wird der Bezugspreis seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises.



Interessentpreis 2 M. für die 6 gezeichneten Kopypapierblätter oder deren Raum, Heften, die 2 halbjährige Kopypapierblätter 2 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisermäßigung. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 halbjährige Kopypapierblätter 2 M. Nachweilungs-Gebühr 2 M. Angelegenheiten die Vermittlung zu 1 M. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Angelegenheiten übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Nachdruckgeber in Konkurs gerät.

Erstheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftsteller: Hermann Bässig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

82 Jahrgang, Nr. 36.

Dienstag / Mittwoch 27. / 28. März 1923.

## Ämtlicher Teil.

### Berichtigung der Obstbaumschädlinge.

Unter Hinweis auf die ihnen obliegende gesetzliche Verpflichtung werden die Besitzer von Obstbäumen aufgefordert, auf ihren Grundstücken die zur Vertilgung der Obstbaumschädlinge, insbesondere der Blausäule, erforderlichen Vernichtungsarbeiten unverzüglich und längstens binnen 14 Tagen vorzunehmen. Die Unterlassung

ist strafbar. Merkblätter zur Bekämpfung der Schädlinge können bei der Amtshauptmannschaft Meissen zum Preise von 55 Mark das Stück bezogen werden. Die Ortsbehörden haben sich nötigenfalls unter Zuhilfenahme geprüfter Baumwärtler davon zu überzeugen, daß dieser Anordnung allenthalben Folge geleistet wird. Meissen, am 23. März 1923. Nr. V. V. O. 13e. Die Amtshauptmannschaft.

### Kleine Zeitung für eilige Leser

- Der Reichstag vertagte sich auf den 11. April, der preussische Landtag auf den 17. April.
- Reichskanzler Dr. Cuno hielt in Stuttgart eine Rede über die Unmöglichkeit neuer deutscher Verhandlungsangebote. Dann reiste der Kanzler nach Berlin zurück.
- Die deutschvölkische Partei hat gegen das Verbot durch den preussischen Minister Severing Protest eingelegt.
- Die Rheinlandkommission hat eine neue Verordnung zum Schutz der abtrünnigen Deutschen erlassen.
- In der französischen Kammer erklärte der Kriegsminister Maginot, daß die Regierung geneigt sei, die Truppenstärke im Ruhrgebiet demnächst um 20.000 Mann zu erhöhen.

### Ruhig und zuversichtlich.

Aus Berliner politischen Kreisen wird uns geschrieben: Wenn eine politische Aktion längere Zeit im Gange ist, so pflegt es im modernen Staate zwischen Parlament und Regierung ähnlich herzugehen wie im Kriege zwischen Heeresleitung und politischer Leitung. Man weiß, wie bitter sich Bismarck über die „Unzulänglichkeit“ des Generalstabes, d. h. also des ihm sonst als Mensch so nahe liegenden alten Molke, beschwert hat. Während des Weltkrieges haben wir dasselbe Schauspiel in allen am Kampfe teilnehmenden Staaten gesehen und — zu unserem Unheil — nicht zuletzt bei uns selbst. Diese Spuren sollten schreien. Aber bekanntlich ist die menschliche Natur wenig geneigt, aus schlechten Erfahrungen zu lernen. So erhebt sich denn von Zeit zu Zeit immer wieder der Wunsch, nach den Worten zu verfahren: „Zwar weiß ich viel, doch möchte ich alles wissen!“ Und wenn auch sonst noch die Umstände darauf hinzuweisen scheinen, dann richtet jeweils eine Partei an die Regierung die Forderung, daß sie vor der zuständigen parlamentarischen Instanz „zur Lage sprechen möge“, wie der technische Ausdruck lautet. Wir haben kürzlich an Frankreich gesehen, zu welcher tragikomischen Folgen das dann manchmal führt, als Poincaré bei Gott nichts Erfreuliches aus dem Ruhrgebiet zu berichten wußte und doch absolut reden sollte.

Wenn nun auch Ende voriger Woche die deutschen Sozialdemokraten den Zusammenritt des Auswärtigen Ausschusses gefordert haben, so lag anders als im Falle Poincaré weder bei Dr. Stresemann, dem Vorsitzenden des Ausschusses, noch bei der Regierung der geringste Grund vor, diesem Wunsche zu widersprechen. Nur war man sich in allen politischen Lagern (und vermutlich nicht zuletzt auch gerade bei der Sozialdemokratie selbst) klar darüber, daß bei der Debatte wenig herauszu-springen kann, und zwar nicht, weil irgend etwas zu verheimlichen ist, sondern weil die Situation sich naturgemäß nicht binnen kurzer Zeit verändert haben kann, und weil Dr. Cuno unmittelbar vor seiner Abreise nach München noch mit den Parteiführern, also auch mit den Sozialdemokraten, eingehend über die Lage gesprochen hatte. Man darf deshalb auch vermuten, daß bei der V. S. B. D. mehr der Gedanke vorherrschte, daß eine Kommission der internationalen Sozialisten auf dem Wege nach Berlin oder dort schon eingetroffen ist. Diese Kommission soll mit den deutschen Sozialdemokraten über die Aussichten einer eventuellen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich verhandeln. Vielleicht will man deshalb vorher in dem für den Wochenanfang einberufenen Ausschuss noch hören, wie die Reichsregierung sich die weitere Entwicklung denkt. Außerdem scheint es, als ob die Sozialdemokratie eine gewisse Mißstimmung gegen den Außenminister Dr. von Rosenberg hegt, ohne daß man zunächst näher wußte oder, sagen wir besser, genauer nachprüfen wollte, woraus sich diese Mißstimmung begründet. Inzwischen, selbst wenn für die Sozialdemokratie solche Erwägungen maßgebend gewesen sind, so hat auch hier der Reichskanzler bereits in seiner Stuttgarter Rede alles Nidige gesagt. Er hat dort von dem dritten Stadium gesprochen, in das der Kampf an der Ruhr getreten sei, und daß es Verwaschen an den Brüdern im Ruhrgebiet wäre, wenn wir die Waffe des passiven Widerstandes eber aus der Hand geben, als bis der Gegner abgezogen ist und wirklich zu Verhandlungen bereit ist.

So hat auch der Abg. Dr. Stresemann die Situation soeben in einer bedeutenden Rede gekennzeichnet, in der er die Ruhraktion „die größte politische Enttäuschung Frankreichs“ nannte. Das ist sie in der Tat, und das ist auch der Eindruck in der ganzen Welt. Aber daß in Frankreich endlich aus dieser Enttäuschung auch die erforder-

lichen Konsequenzen gezogen werden, dazu tragen parlamentarische Besprechungen nicht das geringste bei, sondern allein die ruhige Zuversicht und der feste Wille des Volkes, dem die Arbeiterschaft an der Ruhr ein so schönes Vorbild ist. Dr. Stresemann hat mit Recht auch darauf verwiesen, daß der durch Frankreich herbeigeführte Wirrwarr in England und Amerika seinen Einfluß anzuhäufen beginnt. Die Aufgabe Deutschlands bleibt deshalb, diesen Eindruck zu verstärken, bis man überall einsieht, daß wir für eine gerechte Sache fechten und dabei die Wohlfahrt Europas und der Welt gegen den französischen Imperialismus wahren. Deutschland hat schon jetzt erreicht, daß Frankreich unter dem Druck seiner „großen politischen Enttäuschung“ erkennt, daß Deutschland kein willensloses Objekt seiner Ausbeutung und Vernichtungsgier ist. Frankreich muß mehr und mehr Deutschland als einen ebenbürtigen und gleichberechtigten Verhandlungspartner einschätzen lernen, und das ist mehr, als selbst fühne Optimisten noch vor 10 Wochen jemals gehofft hätten. In dieser Erkenntnis aber können und müssen wir auf der bisherigen Linie ruhig und zuversichtlich weiterschreiten.

### Französische „Entschädigungen“.

Mit deutschem Gelde.

Die Rheinlandkommission beschloß, die deutschen Staatsangehörigen, die sich den Besatzungsmächten zu Dienstleistungen zur Verfügung stellen, zu schützen. Sie will denjenigen Personen Entschädigungen gewähren, die infolge von Unruhen oder Gewalttätigkeiten Schaden erleiden. Diese Entschädigungen sollen vorläufig von den Gemeinden bezahlt werden. Die Gemeinden sollen sich deswegen um Rückzahlung an die Länder und das Reich wenden.

Den amtlichen Stellen der deutschen Regierung ist eine derartige Verordnung der Rheinlandkommission noch nicht zugegangen. Würde sich diese Meldung bestätigen, so würde dies wohl den Bissel dessen bedeuten, was die Rheinlandkommission sich schon an Rechts- und Vertragsbrüchen geleistet hat. Es ist festgestellt worden, daß fast alle Witwen und Waisen der von Marokkanern und anderen Farbigen, aber auch von weißen Franzosen ermordeten Deutschen auf Entschädigung aus der französischen Staatskasse vergeblich warten. Jetzt will Frankreich großmütig Entschädigung leisten, aber nicht aus eigener Tasche.

### Protest der Deutschvölkischen.

Die Untersuchung im Fall Kobbach.

Die Führer der ausgetretenen Deutschvölkischen Freiheitspartei haben im Reichstage zu dem Verbot des Ministers Severing Stellung genommen. Sie erklären, daß ein Verbot der rechtswirksamkeit entbehre, weil die Deutschvölkische Freiheitspartei nicht eine nur in Preußen verbreitete Organisation, sondern eine sich über das ganze Reich erstreckende politische Partei sei. In einem Telegramm an den Staatsgerichtshof haben die Abgeordneten Wulle, v. Grafen-Goldebeck und Henning gegen das Verbot des Ministers Severing protestiert und eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes über diese Frage beantragt.

Die Untersuchung gegen die Deutschvölkischen und gegen Kobbach soll Ausklärung über gewisse Schriftstücke bringen, in denen sich die Bezeichnung V. S. B. D. findet. Die Polizei nimmt an, daß diese Bezeichnung die Abkürzung für „Völkische Kampfkörper“ ist. Die Ermittlungen in der hochverratssache Kobbach und Genossen nähern sich ihrem Abschluß.

Bittere Kurieren.

In Weida in Thüringen sind mehrere Kurieren der bayerischen Hittlergarden verhaftet worden, die von Hof aus die Thüringer Mitglieder der 34. Hundertschaft alarmieren sollten. Der Befehl lautete: „Heute, Sonnabend mittags 2 Uhr, Sammelpunkt Hof. Abmarsch nach unbekanntem Ziel.“ Die preussische Regierung hat unter diesen Umständen die Oberpräsidenten der Provinzen angewiesen, die Polizei ihrer Bezirke in eine erhöhte Alarmbereitschaft zu setzen.

Der Dollar 24. März: 20862,71 — 20967,29 M.

„ „ 26. März: 20862,71 — 20967,29 M.

### Wie wird das Ende sein?

Die Kanzlerrede in Stuttgart.

Bei seinem Besuch in Stuttgart wurde der Reichskanzler vom Staatspräsidenten Hieber und vom Oberbürgermeister von Stuttgart in längeren Ansprachen begrüßt, auf die er mit einer bemerkenswerten politischen Rede antwortete. Darin ging er auf die Vorgeschichte des Ruhrkonflikts ein, in der die Franzosen allen deutschen Zahlungs- und Leistungsangeboten ein schroffes „Nein“ entgegenstellten. Weiterhin sagte der Kanzler:

Am fragen Sie: Wie wird das Ende sein, und wann wird es kommen? In Aussicht vorhanden, daß es bald kommt und daß es glücklich ist? Die Antwort darauf ist sehr einfach. Wir wissen, daß es in dem Augenblick, in dem wir uns unterwerfen, um Deutschland, das deutsche Volk und seine Freiheit geschehen ist. Haben wir nicht genug Angebote nach Frankreich gesandt? Sollen wir ein Angebot geben, mit dem wir die Souveränität des Reiches, die Unantastbarkeit der Länder an Rhein und Ruhr, die Unabhängigkeit und Freiheit des deutschen Volkes zum Opfer bringen würden? Das wäre nichts anderes als Unterwerfung. Ein solches Angebot wird dieses Kabinett nicht machen.

Ich denke, wir können die Waffe des passiven Widerstandes nicht niederlegen und aus der Hand geben, wenn das nicht auch der Gegner tut. Aber was bisher uns von der Gegenseite entgegenkam, lautete nicht so, als ob wir bald darauf rechnen könnten, zu einem Ende zu kommen. Der Weg wird nicht leichter werden. Wir wollen arbeiten und dem Volke klar machen, daß es sich auf ernste und ernüchterte Zeiten einstellen muß, und sollte der Weg zu einer Verständigung führen, so wird auch sie für das deutsche Volk niemals leicht tragbar sein, denn wir, in unserem Programm, haben die Reparationen bis an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit mit einander zu verhandeln. Nur werden wir dann, wenn wir das erst erreicht haben, wissen, daß wir nicht umsonst arbeiten, sondern für das eine große Ziel der Freiheit unseres Volkes und Vaterlandes. Dafür wird jeder, glaube ich bereit sein, den letzten Groschen aus seiner Tasche zu geben.

Nach dieser Rede, die fürmischen Beifall erweckte, reiste der Kanzler mit seiner Begleitung am Freitag abend wieder nach Berlin zurück, wo er am Sonnabend wieder an den politischen Beratungen im Reichstage teilnahm.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Gerabekung der Kohlensteuer am 1. April.

Halbamtlich wird nun auch gemeldet, daß die Kohlensteuer ab 1. April d. J. wahrscheinlich um ein Viertel herabgesetzt werden wird, und daß außerdem Aussicht besteht, bei den Kohlenyndikaten des unbeflegten Deutschlands auch den eigentlichen Kohlenpreis etwas zu senken. Der Reichskohlenverband hat seine Mitglieder zur Beschlusfassung hierüber auf Dienstag, 27. d. M., eingeladen. Das Arbeitszeitgesetz im Reichswirtschaftsrat.

Die zur Beratung des Gesetzesentwurfes eingesetzte Kommission hat einen Kompromißantrag ausgearbeitet. Beide Berichterstatter, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, bezeichnen das Kompromiß als annehmbar. Das Washingtoner Abkommen sei nicht ratifiziert worden. Daher könnten bis zu zwei Stunden über den Achtsundentag hinaus festgesetzt werden, wenn die Verrechnung zugunsten der Arbeitnehmer in angemessener kurzer Zeit erfolgte. In der weiteren Aussprache wurden von Arbeitnehmern starke Bedenken gegen das Kompromiß geäußert. Es wurde eine klare Stellungnahme des Reichswirtschaftsrats zum Achtsundentag gefordert. Nach längerer Debatte wurde in der Abstimmung der Antrag auf Annahme des ganzen Entwurfes angenommen.

Der Smeets-Attentäter verhaftet.

Karl Deugnann, der den Anschlag auf den Sonderbändler Smeets ausgeführt hat, ist von der Kölner Polizei in Köln festgenommen worden. Er leugnet vorläufig noch, die bei der Tat anwesenden Zeugen haben ihn aber bestimmt als Täter wiedererkannt, so daß er als überführt gelten kann. Deugnann ist 1895 in Ohligs geboren, er wurde wegen verschiedener anderer Straftaten gesucht. Zwei weitere Personen sind wegen dringenden Verdachtes der Mithäterschaft bzw. wegen Begünstigung des Verbrechens verhaftet worden.

Kommunistischer Terror im Ruhrgebiet.

In der Stadt Rotthausen sind schon seit einer Woche